



Freiwilligenarbeit für Bildung im Asylbereich

Ohne die Arbeit von Freiwilligen wären viele Bildungsangebote nicht möglich. Diese müssen gesichert und bedarfsorientiert ausgebaut werden.

Geschätzte 100'000 Stunden unbezahlte Arbeit leisten 1200 Freiwillige. Das ergibt zum Stundensatz von 35 Franken hochgerechnet eine jährliche Wertschöpfung von 3,5 Millionen. Diese Zahlen für 2016, erhoben vom VPOD, zeigen die Bedeutung der Freiwilligenarbeit im Kanton Zürich allein für die Betreuung, Schulung und Arbeitsintegration von Asylbewerbenden und Flüchtlingen. Dinge wie Rechtsberatung, Begleitungen, Beherbergungen etc. sind nicht berücksichtigt, da solche Einzelfalldienste zwar wichtig aber kaum zu erfassen sind. Mit dem bereits geleisteten Einsatz ist jedoch der Bedarf an dringend notwendigen Massnahmen und Angeboten bei weitem nicht gedeckt. Schon jetzt fehlen bei der freiwilligen Integrationsarbeit materielle Ressourcen auf allen Ebenen: Räume, Lern- und Verbrauchsmaterial für Unterricht, Hard- und Software, Beiträge an Schulungs-, Weiterbildungs- und Prüfungskosten usw. – nicht selten bezahlen die Freiwilligen Beiträge aus der eigenen Tasche, zusätzlich zum Lohnverzicht für qualifizierte Arbeit.

An einen Ausbau ist da nicht zu denken, erst recht, weil anstatt der nötigen Mittelaufstockung ein gegenteiliger Trend spürbar ist: Abbau von Leistungen und Abschieben der Flüchtlinge an Unterstützungsangebote von Freiwilligen in Zürich und Winterthur (Solinetz, Autonome Schule Zürich etc.). Alphabetisierungskurse hat der Kanton ersatzlos gestrichen, für die Bildung Jugendlicher und für deren Integration ist ein öffentliches Angebot quasi inexistent.

Vielfältiger Nutzen

Freiwilligenarbeit im Asylumfeld dient der Gesellschaft, da betreute und beschulte Menschen sich integrieren. Sie dient der Wirtschaft, indem sie motivierte und lernwillige Menschen dem Arbeitsmarkt zuführt. Schliesslich entlastet Freiwilligenarbeit staatliche Beratungsstellen (z.B. BiZ) und Bildungsanbieter (Integrations- und Berufswahlangebote). Dieser mehrfache Nutzen lässt sich schwer beziffern und deshalb auch nicht klar ausweisen. Den gesellschaftlichen Nutzen anerkennen ist eine Sache, die andere ist, diesen Nutzen zu erbringen, das heisst, dem erkannten Bedarf auch gerecht zu werden. Hier steht die öffentliche Hand in der Pflicht.

Primär gilt es, die bestehenden Angebote durch finanzielle Absicherung (Budgetzusagen) zu erhalten. Dafür müssen die für Unterricht und Berufsvorbereitung nötigen Ressourcen vom Kanton bereitgestellt bzw. deren Kosten übernommen werden. Dies beinhaltet auch die Räumlichkeiten, Schulmaterial, Hard- und Software, Prüfungsvorbereitung, Prüfungskosten (Deutschzertifikate, Basic-Check, Stellwerktest,...).

Kurz- und mittelfristig muss jedoch auch der Ausbaubedarf festgestellt und müssen entsprechende Planungen in die Wege geleitet werden. Hierfür muss zuerst der Status quo erfasst und quantifiziert werden: Wie viele Menschen partizipieren, bei welchen Angeboten und in welchem Umfang, allenfalls mit welcher Wirkung? In einem zweiten Schritt ist dann der zusätzliche Bedarf aufgrund bekannter und prognostizierter Zahlen zu erfassen und quantifizieren.

Sekundär wäre im Hinblick auf eine gerechte staatliche Alimentierung von Freiwilligenarbeit für Flüchtlinge die Qualitätsfrage zu stellen und zusammen mit den Anbietern situationsadäquat zu beantworten. Das Ziel ist hier gute Angebotsqualität mit möglichst geringem Administrativaufwand. Die Mittel dazu könnten sein:

- Professionalisierung der Strukturen und Abläufe, z.B. mittels pädagogischer Konzepte.
- Kriteriengeleitete Qualitätssicherung, die auf die vielfältige Angebotsrealität Rücksicht nimmt.
- Fokus auf Hilfestellung bei der Professionalisierung und Qualitätssicherung statt auf deren Kontrolle.

Die nächsten Schritte

Die AG Freiwilligenarbeit der VPOD Sektion Lehrberufe schlägt vor, am Runden Tisch oder im Rahmen einer offenen Konferenz die aktuelle Lage und den künftigen Bedarf im Bereich Freiwilligenarbeit für Bildung im Asylbereich zu klären:

Erstens gilt es auf breiter Basis die aktuelle Situation zu erfassen in Bezug auf Mengenangaben, Ressourcen-, Ausbau- und eventuell Professionalisierungsbedarf. Zweitens sind konkrete Forderungen an «die Politik» zu formulieren hinsichtlich des zusätzlichen, nicht gedeckten Bedarfs. Darüber hinaus sollten wir drittens für unsere Forderungen auch auf allen anderen Kanälen lobbyieren.

Von der Arbeitsgruppe Freiwilligenarbeit VPOD-Sektion Lehrberufe Zürich

Tagesschule light in der Stadt Zürich

In Zukunft sollen alle Stadtzürcher SchülerInnen mit Nachmittagsunterricht über Mittag betreut werden. Dafür hat der Zürcher Stadtrat das Projekt «Tagesschule 2025» gestartet. Ziel dieser Erweiterung der Tagesstrukturen ist, die Bildungsgerechtigkeit zu unterstützen, die Organisation von Unterricht und Betreuung zu optimieren und die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit zu verbessern. Der VPOD begleitet das Projekt seit dem Start kritisch. Am 10. Juni entscheidet die Stimmbevölkerung über dessen Weiterführung.

Als er eine Pionierschule des städtischen Projekts «Tagesschule 2025» eröffnete, liess sich der Zürcher Stadtrat Gerold Lauber in der NZZ mit den Worten zitieren, «Man wird in hundert Jahren noch von diesem Tag erzählen». Bei der Vorstellung einer gesetzlichen Verankerung der Tagesschule auf Kantonsebene bezeichnete Bildungsdirektorin Silvia Steiner ihren Gemütszustand sogar als «euphorisch».

«Tagesschule ist mehr als nur ein von der Schule organisierter Mittagstisch.»

Beim betroffenen Personal ist bis jetzt jedoch noch wenig Euphorie zu spüren. Nach der Einführung des neuen Berufsauftrags und vor der Umsetzung des Lehrplan 21 auf das neue Schuljahr hin stellt eine weitere Reform die Volksschule sowie die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen auf den Prüfstand. Im VPOD Zürich sind neben den Lehrpersonen auch alle anderen betroffenen Berufsgruppen vertreten, deren Arbeitsumfeld und -inhalt sich mit dem Projekt «Tagesschule 2025» verändern dürfte. Dazu gehören das Betreuungspersonal und die Angestellten im Bereich Hausdienst und Technik. Gerade deshalb lässt sich der VPOD nicht zu einer blinden Zustimmung jeglicher Erweiterung der Tagesstrukturen verleiten – obwohl wir Tagesschulen im Prinzip befürworten. Wenn das Personal das Projekt tatsächlich unterstützen soll, müsste der VPOD bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen besser eingebunden werden.

Ein erster Schritt zur Ganztageschule?

Der VPOD ist bekennender Befürworter einer Ganztageschule (vgl. auch Bildungspolitik Nr. 197, Juni 2017). Das Projekt «Tagesschule 2025» unter Federführung des

Volles Haus bei der Versammlung zur Tagesschule 2025 der VPOD Sektionen «Lehrberufe» sowie «Stadt und Institutionen» im November 2017.



abtretenden Stadtrates Gerold Lauber (CVP) weicht von dieser jedoch erheblich ab. Die «Tagesschule light» beinhaltet vorwiegend die Mittagsbetreuung der SchülerInnen und Schüler. Seit Projektstart im Sommer 2016 erhalten in sechs Schulhäusern die Kinder in einer von 110 auf 80 Minuten verkürzten Mittagspause für sechs Franken eine warme Mahlzeit und Betreuung. Bis 2022 sollen nun 24 weitere Schulen diesem Modell folgen. Ausserhalb der gebundenen Betreuung können ungebundene, kostenpflichtige Betreuungsangebote von Montag bis Freitag jeweils von 7 bis 18 Uhr nach individuellem Bedarf gebucht werden. Für diese Betreuung ist jedoch nicht die Schule, sondern sind Drittanbieter wie Sportvereine zuständig.

Tagesschule bedeutet für den VPOD mehr als nur ein von der Schule organisierter Mittagstisch. Der VPOD fordert eine Ganztageschule, in der die schulischen und ausserschulischen Aktivitäten im «Lebensraum Schule» zusammenkommen, die das soziale Lernen und die Integration fördert und die Kinder mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen zusammenführt. Ob das laufende Projekt einen Schritt in die richtige Richtung ist, wird sich nicht nur anhand der neuen, erweiterten Tagesstruktur zeigen, sondern insbesondere anhand der Rahmenbedingungen, welche SchülerInnen und Personal darin vorfinden.

Sparprogramm statt Schulreform?

Das verantwortliche Personal scheut dabei nicht die Weiterentwicklung ihres Berufes und die Veränderung seiner Arbeitsinhalte. Im Gegenteil sind die Angestellten der Meinung, dass eine Veränderung auch wirklich den SchülerInnen nutzen sollte. Dies zeigte sich bereits an der Versammlung der VPOD Sektionen «Stadt und Institutionen» und «Lehrberufe» im vergangenen November, als über 70 Personen über die Chancen, Risiken und Gelingensbedingungen des Projektes diskutierten.

Das Ziel des Stadtrates, die Organisation von Bildung und Betreuung zu optimieren, weckt die Befürchtung, dass das Projekt als Sparprogramm dienen soll. So erhofft sich die Exekutive eine Kostenreduktion von jährlich dreissig bis vierzig Millionen Franken. Bezüglich der Rahmen- und Arbeitsbedingungen gleicht das Projekt einer Blackbox. Die Sorge einer Massenabfertigung über den Mittag, die kaum Raum für die sozialpädagogische Arbeit oder die



Foto: Fabio Höhener

spezifische Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen lässt, wurde mehrfach artikuliert. Des Weiteren waren an der Versammlung die Zusammenarbeit und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Berufsgruppen, die Infrastruktur und die Rolle von Drittanbietern Themen, bei welchen das Projekt noch viele Fragen offenlässt.

Kritik ist gewachsen

An der letzten Versammlung der VPOD-Mitglieder aus Volksschule, Hort und Anlagewartung am 4. April haben sich die Positionen teilweise noch verhärtet. Insbesondere einzelne anwesende Angestellte aus der Betreuung sind angesichts drohender Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nicht bereit, dem Objektkredit für die Weiterführung des Projektes für die kommenden vier Jahre am 10. Juni zuzustimmen. Andere anwesende Mitglieder erkennen zwar viele kritische Punkte am laufenden Versuch, jedoch sind sie der Überzeugung, dass die «Tageschule 2025» ein Schritt in die richtige Richtung ist und die Schule der Zukunft eine Tagesschule sein wird. Zudem seien in den bisherigen Projektschulen die Angestellten und insbesondere die Schüler_innen mit der erweiterten Tagesstruktur zufrieden, wie dies eine externe Evaluation ergeben hat.

Nach weitgehend kritischen Diskussionen und den Rückmeldungen der Mitglieder hat die Sektion Zürich Lehrberufe für die Abstimmung am 10. Juni die Ja-Parole gefasst. Es ist jedoch ein Ja mit einem grossen «Aber». Wir sagen Ja zur Erweiterung der Tagesstrukturen in den neuen Projektschulen und wir sagen Ja zur deren Finanzierung. Aber: Ohne weitreichende Einbindung des Personals und des VPOD sowie ohne konsequente Umsetzung der von den Mitgliedern formulierten Gelingensbedingungen wird dies das letzte Ja des VPOD zur Tagesschule sein.

Die Weiterführung des Projektes bietet dem Schul- und Sportdepartement (SSD) und der zukünftigen Stadträtin oder dem zukünftigen Stadtrat die letzte Chance, das Personal vom Projekt zu überzeugen. Nur wenn die Akteure bereit sind, in die Qualität zu investieren, werden die Angestellten sich für eine wirkungsvolle und nachhaltige Tagesschule einsetzen können, von der die Zürcher Schülerinnen und Schüler profitieren.

Fabio Höhener, Gewerkschaftssekretär VPOD-Sektion Zürich Lehrberufe

Von der Wissenschaft über die Sozialpädagogik hin zu Gewerkschaftsarbeit und Bildungspolitik



Die Reaktionen meines Umfeldes sind ziemlich einheitlich, wenn ich berichte, dass ich neu beim VPOD als Gewerkschaftssekretärin arbeite – mehrheitlich Freude und die Einschätzung, dass das ja wunderbar zu mir passe. Und das finde ich auch.

In meinem Studium der Erziehungswissenschaft hat es mich immer dorthin gezogen, wo es möglich war kritisch zu forschen und wo gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge nicht ausgeblendet werden. In der Sozialpädagogik war dies sehr gut möglich und auch erwünscht. Ich hatte Freude am Lesen von theoretischen Texten, am Diskutieren, Denken und Schreiben.

Parallel zu meinem Master habe ich in einem Schulinternat als Sozialpädagogin auf einer Wohngruppe gearbeitet – eine unglaublich lehrreiche Zeit. Dort habe ich gelernt, Konflikte anzusprechen, meine pädagogische Haltung gut zu begründen und konkrete Lösungsvorschläge aufzuzeigen. Weiterhin beschäftigt hat mich die Tatsache, dass sich gesellschaftlich-strukturelle Ungleichheiten im Schulinternat (wie in jeder anderen Bildungsinstitution auch) widerspiegeln: Es wird mehrheitlich von Kindern aus Familien mit wenig Geld, Kindern von alleinerziehenden Müttern und Kindern mit einem anderen als dem Schweizer Pass besucht. Im Team selber war der Spielraum sehr gross, pädagogische Haltungen zu diskutieren: Wir haben mit gewaltfreier Kommunikation gearbeitet, Weiterbildungen dazu gemacht – dies war ein Gewinn für die Arbeit im Team und mit den Kindern.

In meiner letzten Anstellung an der Universität bin ich nochmals in die Wissenschaft eingetaucht, habe dabei aber relativ schnell gemerkt, dass ich meine Zukunft nicht an der Akademie sehe. Ich möchte mit konkreteren Bezügen arbeiten, an einem Ort, an dem mein theoretisches Wissen, mein wissenschaftlicher Hintergrund, meine Praxiserfahrung und meine politische Haltung einen Platz finden: Ich freue mich sehr auf die gewerkschaftliche Arbeit, darauf, mich künftig mit Bildungspolitik zu beschäftigen und mich gemeinsam mit anderen für eine starke öffentliche Bildung einzusetzen.

Anna-Lea Imbach, Gewerkschaftssekretärin VPOD-Sektion Zürich Lehrberufe

Die Angestellten am Erfolg beteiligen!

Einmal mehr: Schwarze Zahlen und Gewinne im Rechnungsabschluss 2017 nach anhaltendem Gejammer über die Finanzlage sowie Sparbeschlüssen auf Kosten der Angestellten. Schluss damit!

Am 23. März 2018 hat Regierungsrat Ernst Stocker die Eckwerte der Erfolgsrechnung 2017 des Kantons Zürich präsentiert. Wie erwartet weist die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 367 Millionen Franken (!) ein grosses Plus aus. Das ist so erfreulich, wie es vorhersehbar war.

436 Millionen Franken: Das ist der Betrag, welcher der Kanton Zürich von 2010 bis 2016 als eigene Budgetentlastung auf Kosten der Angestellten eingespart hat. Nachdem der Kantonsrat auch letztes Jahr bei der Budgetdebatte wieder vor allem auf Kosten des Personals Einsparungen beschlossen hat, müssen die Angestellten nun endlich an der guten Ertragslage des Kantons beteiligt werden. Der VPOD fordert:

- Vollen Teuerungsausgleich (0,7% statt der gesprochenen 0,5%)
- Nachholende Lohnentwicklung für alle Angestellten
- Mindestens fünf Wochen Ferien
- Ausgleich der erhöhten Abzüge bei der Pensionskasse

«Es liegt nun an Regierungsrat Stocker und dem Kanton, den Angestellten die nötige Wertschätzung auch finanziell zu gewähren und mit Taten statt Worten zu zeigen, dass er ein attraktiver Arbeitgeber ist», meint Andreas Daurü, Präsident des VPOD Zürich Kanton.

Das Geld ist vorhanden. Es fehlt der bürgerlichen Mehrheit aber bisher am guten Willen! Spätestens bei den Kantonsratswahlen im Frühling nächstes Jahr liegt es an uns, hier andere Mehrheiten zu schaffen. (rbr) ■

Heraus zum 1. Mai!

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich (GBKZ) mobilisiert mit dem Slogan «Lohnleichheit. Punkt. Schluss!» und stellt damit die Aktivitäten im Kanton Zürich in den Kontext der landesweit stattfindenden 1.-Mai-Aktionen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).

In zahlreichen Städten und Gemeinden führen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Manifestationen und Kundgebungen durch: in Affoltern, Meilen, Wädenswil, Uster, Dietikon, Bülach und in Winterthur finden Veranstaltungen zum Thema Lohnleichheit statt. In Zürich besammeln sich die Demonstrantinnen und Demonstranten ab 10 Uhr auf dem Helvetiaplatz. Die Schlusskundgebung mit politischem und kulturellem Rahmenprogramm sowie Festwirtschaft findet auf dem Sechseläutenplatz statt. Vania Alleva, UNIA-Präsidentin, spricht dort zum Thema Lohnleichheit.

Das 1.-Mai-Komitee – ein Zusammenschluss von über 30 politischen Organisationen inklusive der VPOD-Sektion Lehrberufe – mobilisiert unter dem Motto «Freiheit» und hat dazu als Hauptrednerin die baskische Aktivistin Nekane Txapartegi eingeladen, die seit 2009 in der Schweiz als Sans-Papiers lebte, im April 2016 festgenommen und aufgrund eines spanischen Haftbefehls rund 18 Monate in Zürich festgehalten wurde. 1999 war Nekane für die linke Partei Herri Batasuna in der baskischen Gemeinde Asteasu als Gemeinderätin aktiv, als sie von der paramilitärischen Guardia Civil verhaftet und anschliessend gefoltert wurde. Im September 2017 wurde Nekane in Zürich freigelassen.

Das internationale 1.-Mai-Fest auf dem Kasernenareal beginnt bereits am Samstag, den 28. April und bietet an drei Tagen eine breite Auswahl an politischen und kulturellen Programmpunkten an. Am Sonntag führt die Alternative Liste eine Veranstaltung zum Thema

VPOD-Parolenspiegel 10. Juni 2018

BUND

Volksinitiative «Für krisensicheres Geld» (Vollgeld-Initiative) **Nein**

Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz) **Ja**

KANTON ZÜRICH

Steuergesetz (Verrechnung von Geschäftsverlusten bei der Grundstücksgewinnsteuer) **Nein**

Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (Verkehrsmittelfonds) **Nein**

STADT ZÜRICH

Tagesschule 2025: Objektkredit von 74,57 Millionen Franken für die Jahre 2018–2022 (Sektion «Lehrberufe») **Ja**
(Die Parolenfassung der Sektion «Stadt und Institutionen» erfolgte nach Redaktionsschluss)

«Tagesschule. Damit drinsteckt, was draufsteht» durch. An der traditionellen Maivorfeier am 30. April im Volkshaus referieren Paul Rechsteiner zum Thema Generalstreik sowie Natascha Wey, Co-Präsidentin der SP-Frauen, zum Thema Lohnleichheit.

Der VPOD Zürich betreibt auch in diesem Jahr am 1.-Mai-Fest die «Rote Eintracht». Nicht zu vergessen die Kinder: Für sie gibt es extra ein Kinderfest auf der Kasernenwiese. An der Demonstration werden sie von den Roten Falken mit einem Wagen begleitet, vom Helvetiaplatz zur Schlusskundgebung und zurück. (dub) ■